

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII

Die Entstehung des GRUG und seine zentralen Neuerungen

<i>Johannes Stabentheiner</i>	1
I. Unionsrechtliche Ausgangslage und erste Arbeiten	1
II. Die Konzeption der Umsetzung	2
III. Der weitere Gang der Gesetzwerdung	3
IV. Keine grundlegende Umwälzung des Gewährleistungsrechts ...	4
V. Kein einheitliches Gewährleistungsrecht mehr	4
VI. Der Anwendungsbereich des Verbrauchergewährleistungs- gesetzes	5
A. Persönlicher Anwendungskreis: Unternehmer-Verbraucher- Geschäfte	5
B. Kauf von Waren	5
C. Bereitstellung digitaler Leistungen	6
D. Ausnahmen vom Anwendungsbereich	8
VII. Mangelbegriff – subjektive und objektive Konformitätskriterien	8
A. Objektive Elemente im bisherigen Recht	8
B. Nun gleichrangige Dualität von subjektiver und objektiver Vertragskonformität	8
VIII. Die Aktualisierungspflicht des Unternehmers	9
IX. Sonstige wichtige Neuerungen im Überblick	10
X. Schlusswort	10
Diskussionsbericht Vortrag <i>Stabentheiner</i>	13

Warenkauf und Nachhaltigkeit: vergebene Chancen?

<i>Wolfgang Faber</i>	17
I. Einleitung und Eingrenzung der Themenstellung	17
A. Ausgangspunkt	17
B. Eingrenzung	18
C. Verortung der Fragestellung im Wertungsgefüge des Zivilrechts	20

II. Analogie zum Fristenregime bei Rechtsmängeln?	21
III. Gewährleistung	22
A. Relevante Strukturelemente nach neuem Gewährleistungsrecht	22
B. Sollhaltbarkeit (Mangel)	23
C. Gewährleistungs- und Verjährungsfrist	25
1. Judikatur zum bisherigen Recht	25
2. Transponieren der bisherigen Judikatur ins neue Recht: Zugesagte bzw vereinbarte Haltbarkeit	26
3. Die spannende Frage: Ermittlung der Gewährleistungs- bzw Verjährungsfrist bei „objektiv geschuldeter“ Haltbarkeit	32
4. Der praktische Schwachpunkt des Vertragsauslegungsansatzes	38
IV. Kurze Hinweise zum Schadenersatz gemäß § 933a ABGB	40
V. Resümee	41
Diskussionsbericht Vortrag <i>Faber</i>	43
 Die Regelungen des VGG zu digitalen Leistungen unter besonderer Berücksichtigung der Aktualisierungspflichten	
<i>Christiane Wendehorst</i>	49
I. Einführung	49
II. Sachlicher Anwendungsbereich bei Verbraucherverträgen	50
A. Die erfassten Vertragsgegenstände	50
1. Digitale Leistungen	50
2. Digitale Elemente von Waren	51
3. Abgrenzungsprobleme	52
B. Die erfassten Vertragstypen	53
1. Verträge über den Kauf von Waren	53
2. Verträge über die Bereitstellung digitaler Leistungen gegen eine Zahlung	54
3. Bereitstellung digitaler Leistungen gegen Hingabe personenbezogener Daten	55
C. Ausnahmen vom Anwendungsbereich	63
D. Möglichkeit qualifizierter Abbedingung	63
III. Aktualisierungspflicht bei B2B-Verträgen (§ 1 Abs 3 VGG)	64
A. Hintergrund der Regelung	64
B. Sachlicher Anwendungsbereich	65
1. Generell erfasste Vertragstypen	65
2. Bereitstellung digitaler Leistungen gegen Hingabe von Daten	67
3. Geltung aller Ausnahmen nach § 1 Abs 3 VGG?	68
4. Bedeutung für Paketverträge und vom VGG nicht erfasste Sachen mit digitalen Elementen	69

C. Abdingbarkeit	69
1. Diskrepanz zwischen Wortlaut und vermuteter Absicht der Gesetzesverfasser	69
2. Plädoyer für eine teleologische Reduktion	70
IV. Pflichten des Unternehmers im Zusammenhang mit Aktualisie- rungen	71
A. Subjektiv vereinbarte und objektiv erforderliche Aktualisie- rungen	72
B. Die Rolle des Vertragspartners	73
1. Pflicht zur Bereitstellung der Aktualisierungen	73
2. Informations- und Organisationspflichten	74
3. Haftungsbefreiung	76
C. Dauer der Aktualisierungspflicht	76
1. Einmalige Bereitstellungen	77
2. Bereitstellung über einen Zeitraum	77
V. Weitere Besonderheiten bei digitalen Leistungen nach dem 3. Abschnitt des VGG	78
A. Erfüllung	79
B. Gewährleistung	80
1. Gewährleistungsbefehle	80
2. Beweislast	81
3. Besonderheiten der Rückabwicklung	81
C. Einseitige Leistungsänderung	82
1. Allgemeine Voraussetzungen der Zulässigkeit von Änderungen	82
2. Besondere Bestimmungen im Falle einer Beeinträchtigung	85
3. Verhältnis zur einvernehmlichen Vertragsaufhebung und zur Beendigung durch den Unternehmer	87
4. Analoge Anwendung auf digitale Dauerelemente von Waren?	87
VI. Schlussfolgerungen	89
Diskussionsbericht Vortrag <i>Wendehorst</i>	91

Die Durchsetzung von Gewährleistungsrechten: Geltendmachung, Frist und Beweislast

<i>Georg Kodek</i>	97
I. Einleitung	97
II. Geltendmachung	98
A. Übergang zu außergerichtlicher Geltendmachung	98
B. Systematische Konsequenzen	99
C. Voraussetzungen und Wirkungen von Preisminderung und Vertragsauflösung	102
D. Praktische Konsequenzen	105

E.	Bestimmtheitserfordernisse	106
1.	Einführung und Problemstellung	106
2.	Abgrenzungsfragen	107
3.	Ziffernmäßige Bestimmtheit	107
F.	Zulässigkeit von Bedingungen	110
G.	Wechsel des Gewährleistungsbehelfs?	112
1.	Problemstellung	112
2.	Meinungsstand	114
3.	Systematische Erwägungen	118
4.	Ergänzende teleologische Erwägungen	121
5.	Schutz Dritter?	122
6.	Die Entscheidung des EuGH im Fall <i>Duarte Hueros</i>	122
7.	Weitere unionsrechtliche Gesichtspunkte	126
8.	Unwirksame Gestaltungserklärung und Konversions- prinzip	128
9.	Gestaltungserklärung als „Anzeige des Mangels“ iSd § 933 ABGB	128
10.	Verjährung	128
11.	Prozessuale Konsequenzen	129
12.	Ergebnis	131
III.	Frist	132
A.	Allgemeines	132
B.	Geltendmachungsfrist	134
C.	Fristbeginn	135
1.	Sachmängel	135
2.	Verbesserung und Austausch	136
3.	Verborgene Mängel	137
4.	Rechtsmängel	137
D.	Abweichende Vereinbarungen	138
E.	Perpetuierung der Einrede nach § 933 Abs 3 ABGB	139
F.	Exkurs: Unbefristete verteidigungsweise Geltendmachung von Gestaltungsrechten?	143
IV.	Beweislast	146
A.	Allgemeines	146
B.	Beweislastumkehr	146
V.	Schluss	149
	Diskussionsbericht Vortrag <i>Kodek</i>	151
 Der Händlerregress nach § 933b ABGB		
	<i>Thomas Schoditsch</i>	155
I.	Ausgangslage	155
II.	§ 933b und GRUG	156
A.	Entwicklung des § 933b aF	156
B.	§ 933b idF GRUG	157

III. Anwendungsvoraussetzungen des § 933b	158
IV. Umfang des Regressanspruchs	159
A. Hintergrund der Neuregelung	159
B. Dreistufiges Konzept der Neuregelung	160
C. Der Regressanspruch im Detail	160
1. Aufwändersatz	160
2. Aufforderungsobliegenheit	161
3. Grenzen des Regressanspruchs	164
V. Verjährung	165
A. Hintergrund der Neuregelung	165
B. Absolute und relative Frist	165
C. Form der Geltendmachung	166
VI. Beschränkte Abdingbarkeit	167
A. Hintergrund	167
B. Der Inhalt der Neuregelung	167
VII. Ausgewählte Einzelfragen	169
A. Analoge Anwendung des § 933b auf andere Formen der Lieferketten?	169
1. Hintergrund	169
2. Analoge Anwendung des § 933b idF GRUG	169
B. Ersatz von Prozesskosten nach § 933b Abs 2?	171
1. Problemstellung	171
2. Unionsrechtlicher Ersatz von Prozesskosten als Mangelfolgeschaden?	172
3. Prozesskostenersatz auf Basis bewährter Lösungen	174
C. Folgen des § 933b Abs 4 für den Gewährleistungsverzicht? ..	174
VIII. Zusammenschau	176
Diskussionsbericht Vortrag <i>Schoditsch</i>	179

Änderungen im KSchG, (zu) geringfügige Eingriffe in das ABGB und ungeregt Gebliebenes

<i>Peter Bydlinski</i>	183
I. Vorbemerkungen	183
II. Neuerungen im KSchG	184
A. Verzug des Unternehmers (§ 7c)	184
B. Verzug mit digitalen Leistungen (§ 7d)	189
C. Sondervorschriften zur Gewährleistung (§§ 8 und 9)	191
D. Vertragliche Garantien (§ 9a)	194
III. Neuerungen im ABGB	195
IV. Nach wie vor gänzlich Ungeregeltes	199
A. Voreilige Selbstverbesserung	199
B. Aliud-Leistung	200
C. Ausbau-Einbau-Problematik	200

Inhaltsverzeichnis

D. Dual use	201
E. Nicht mehr vorhandene Sache	203
V. Resümee	203
Diskussionsbericht Vortrag <i>Bydlinski</i>	205
Stichwortverzeichnis	209